



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Oktober 2012 (18.10)  
(OR. en)**

**14993/12**

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2011/0280 (COD)**

---

**AGRI 670  
AGRIFIN 189  
CODEC 2394**

**VERMERK**

---

des Generalsekretariats  
für die Delegationen

---

Nr. Komm.dok.: 15396/11 + REV 1, REV 2 (NL), REV 3 - KOM(2011) 625 endg./3

---

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (*GAP-Reform*)  
– *Fragenkatalog des Vorsitzes zur Ausgestaltung der Regelung für Junglandwirte*

---

Zur Strukturierung der Beratungen während der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am 22./23. Oktober 2012 erhalten die Delegationen in der Anlage den vom Vorsitz ausgearbeiteten Fragenkatalog zur Ausgestaltung der Regelung für Junglandwirte.

**GAP-REFORM: DIREKTZAHLUNGEN**

**Fragenkatalog des Vorsitzes**

**Ausgestaltung der Regelung für Junglandwirte**

Die Kommissionsvorschläge zur GAP-Reform sehen vor, dass im Rahmen beider Säulen der GAP eine Regelung für Junglandwirte eingerichtet wird. Die Regelung im Rahmen der ersten Säule wurde als obligatorische Regelung ausgelegt. Allerdings enthält der unter dänischem Vorsitz erstellte Sachstandsbericht <sup>1</sup> folgenden Hinweis: "Die Sonderregelung für Junglandwirte wird zwar weitgehend begrüßt, doch eine Mehrheit der Delegationen wünscht eine freiwillige Regelung, die den Mitgliedstaaten die Entscheidung überlässt, ob die Regelung angewendet wird, und wie sie sie nach ihren Bedürfnissen ausgestalten, andere Delegationen hingegen könnten der vorgeschlagenen verbindlichen Regelung zustimmen".

Auf Gruppenebene wurde unlängst ein neuer Vorschlag erörtert, der letztendlich darauf hinauslaufen würde, dass die Mitgliedstaaten gehalten wären, eine Regelung zur Unterstützung von Junglandwirten entweder im Rahmen der ersten oder unter der zweiten Säule umzusetzen.

Da es sich um eine hochpolitische Frage handelt, ist der Vorsitz der Auffassung, dass sie auf der geeigneten politischen Ebene erörtert werden sollte.

Daher werden die Delegationen ersucht, die folgenden Fragen klar und knapp zu beantworten:

**Frage 1**

Teilen Sie die Auffassung, dass die Alterung der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein EU-weites Problem darstellt, das ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene erfordert?

**Frage 2**

Wie stehen Sie zu der Ausgestaltung der Regelung für Junglandwirte und zu dem Vorschlag, Mitgliedstaaten, die sich für die Anwendung der betreffenden Regelung im Rahmen der zweiten Säule entscheiden, von der Anwendung der Regelung im Rahmen der ersten Säule freizustellen?

---

<sup>1</sup> Dok. 8949/12.